

# Breslauer



# Zeitung.

N. 267.

Donnerstag den 26. September

1850.

## Pränumerations-Anzeige.

Die Breslauer Zeitung beginnt mit dem 1. Oktober ein neues vierteljährliches Abonnement. Wir laden hierzu ein und bitten, die auswärtigen Bestellungen bei der nächsten Post-Anstalt so zeitig zu veranlassen, daß dieselben vor dem 1. Oktober bei dem hiesigen Ober-Post-Amte eingegangen sind. Die Zeitung erscheint täglich und ist der vierteljährliche Abonnements-Preis nach wie vor am hiesigen Orte 1 Thaler 15 Sgr.; auswärts im ganzen preussischen Staate 1 Thaler 24 1/2 Sgr. inclusive Porto.

Breslau, im September 1850. Graß, Barth u. Comp., Verleger der Breslauer Zeitung.

### Telegraphische Depesche.

**Cuxhaven, 25. Sept.** Ein hannoverscher Schiffer, von Friedrichstadt kommend, berichtet, daß am 23. Sept. von den Dänen 10 Schiffe verschiedener Nationen aus der Eider gewiesen wurden und dieser Fluß blockirt sei.

**Greifswald, 25. Sept.** Hasepflug ist in Ster Inhaft von Fälschung freigesprochen.

### Telegraphische Korrespondenz.

für politische Nachrichten, Fonds-Course und Produkte.

**Paris, 23. September.** Louis Bonaparte verkündet in einem halb-offiziellen Manifeste einen Appell an das Volk, wenn die Legislative die Revision der Verfassung verweigern werde.

Die legitimistischen Organe anerkennen das Manifest Bartolemis und geben Varoché-Jaquinot an. 3/5 57, 95. 5/6 93, 45.

**Hamburg, 24. September.** Blaue Börse. Berlin-Hamburg 90 1/2. Köln-Minden 97 1/2. Nordbahn 37 1/2. Del. Silber. Kasse 4 1/2. 4 1/2 bezahlt. Zins 5000 Ctr. loco 10 1/2, auf Lieferung 10 1/2, 10 3/4 bezahlt.

**Stettin, 24. September.** Roggen 33, 35, p. Herbst 32 1/2. p. Frühjahr 36 1/2. Weizen 33, 35, p. Herbst 32 1/2. p. Frühjahr 36 1/2. Weizen 33, 35, p. Herbst 32 1/2. p. Frühjahr 36 1/2.

**Frankfurt a. M., 24. September.** Der Bundestag erklärt die kurfürstliche Steuerverweigerung bundeswidrig und fordert die Regierung zur Herstellung gesetzmäßigen Zustandes durch geeignete Mittel auf, behält sich auch die geeigneten Maßregeln vor.

Nordbahn 41 1/2. Wien 100 1/4.

**Karlsruhe, 24. September.** Die Volkskammer beantragt die Vermittlung der Union in Kurhessen, und Verhinderung unionseindlicher Einschreitens.

**Stuttgart, 23. September.** Die Majorität der Wahlen für die Kammer ist in demokratischem Sinne ausgefallen.

**Jünnbruck, 24. September.** J. v. F. Majestäten Kaiser Ferdinand und Kaiserin Maria Anna haben heute 9 1/2 Uhr die Rückreise nach Prag angetreten.

### Uebersicht.

**Breslau, 25. Septbr.** Der „Staats-Anzeiger“ veröffentlicht heute die längst erwartete Erklärung der mecklenburg-schwerinschen Regierung, in welcher dieselbe die Einladung Oesterreichs zu Besichtigung des Bundestages, ablehnt und dagegen freie Konferenzen anträgt.

Von Berlin aus soll alles vorbereitet sein, um, wenn es nöthig ist, in Dessau und Schwerin einzuschreiten. In letzterem ist bekanntlich so eben die Verfassung umgestoßen worden und in ersterem droht ein Gleiches.

Es heißt nun wieder: J. v. F. Majestäten der König und die Königin von Preußen werden von Berlin über Breslau und Krakau nach Warschau reisen, um dort den Kaiser und die Kaiserin von Rußland zu besuchen. Auf dem Rückwege würden dann J. v. F. Majestäten eine längere Reise durch Schlesien vornehmen.

Der Kurfürst und seine Minister scheinen sich bei und in Hanau vollkommen einverstanden zu haben, was auf einen längeren Aufenthalt daselbst schließen läßt. Sowie aber in ganz Kurhessen die Ruhe streng aufrecht erhalten wird, so schreiben überall die Behörden gegen diejenigen ein, welche sich zu Unrecht die verfassungswidrigen Verordnungen der Kurhessen zu eigen machen. In Dresden hat der Bürgermeister selbst die Plakate, welche den Kriegszustand proklamirten, abgerissen. Durch das ganze Land geht nun ein Streben, nämlich: die Verfassung auf jede gesetzliche Weise aufrecht zu erhalten. So werden jetzt in Kurhessen Sammlungen von Beiträgen veranstaltet, durch welche es möglich gemacht werden soll, den Beamten ihre Gehälter auszahlen zu können. Der Stadtrat von Hanau hat bereits einen Aufruf dazu erlassen. Die Petitionen an den Kurfürsten, in denen Korruptionen und Verbrechen um Entfernung der Minister bitten, mehren sich mit jedem Tage. Da es möglich ist, daß der Kurfürst nicht sowohl auf diese, als auf andere gewichtige Stimmen, welche ebenfalls die Entfernung der Minister anraten, hört und das Ministerium entläßt, so hat sich mancher Diplomat in Frankfurt eingefunden und hält sich bereit, bei der Bildung eines neuen Ministeriums wirksam zu sein, da es nicht gleichgültig ist, ob dasselbe österreichisch oder preussisch, für den Bundestag oder für die Union gesinnt ist. Die ganze Angelegenheit droht aber einen ganz andern Ausgang zu nehmen, denn wie die telegraphische Korrespondenz (s. oben) meldet, hat der österreichische Bundestag in Frankfurt die kurfürstliche Steuerverweigerung für bundeswidrig erklärt, die kurfürstliche Regierung zur Herstellung des „gesetzmäßigen Zustandes“ aufgefordert, und sich ebenfalls geeignete Maßregeln vorbehalten. Es steht also höchstwahrscheinlich eine „großpreussische“ Intervention bevor. Es fragt sich nun: was wird und muß preußen thun?

Es scheint, als sei Bayern dazu bestimmt: die Bundes-Exekution in Kurhessen zu vollziehen. Denn neuerdings sind mehrere Truppen-Abtheilungen (Kavallerie und Artillerie) aus verschiedenen Städten aufgezogen, um das Observationscorps bei Aschaffenburg zu verstärken.

Gerade im Gegensatz hierzu hat die zweite Kammer in Karlsruhe beantragt: daß die Union in Kurhessen vermittelnd einschreite und jede der Union feindliche Intervention verhinndere solle. — Es verlautet, daß die preussischen Truppen in Baden von 18,000 auf 10,000 verringert werden sollen.

Die Wahlen zu der nächsten Landesversammlung in Württemberg fallen meist demokratisch aus. Bis zum 22. Septbr. waren unter 28 Abgeordneten 20 Demokraten gewählt worden.

In Darmstadt wird der Antrag des Finanz-Ausschusses (s. gest. Bzg.) nicht in der eingebrachten Form angenommen, sondern wahrscheinlich ein vermittelnder Weg eingeschlagen werden. Es wird aber alles nichts helfen, die Kammer wird der Auflösung nicht entgehen.

Die Regierung von Nassau und der Bischof von Limburg sind in einen argen Konflikt gerathen. Der letztere hat befohlen, die Kirche zu Borchhofen zu schließen, wenn die Jesuiten ausgewiesen würden, was bereits geschehen ist. Sollte der Papst jenes Ordens die Schließung weigern, so steht ihm die Exkommunikation bevor.

In Frankreich hat sich die Partei der Legitimisten gespalten. Die Einen (Barthelemy an der Spitze) behaupten: das Volk müsse gefragt werden, ob es eine Monarchie wolle oder nicht. Die Anderen (Graf Chambord mit Barthelemy) meinen: diese Frage gefährde das monarchische Prinzip. — Dazu kommt, daß der Präsident der französischen Republik in einem Manifest eine Appellation an das Volk anzeigt, falls die National-Versammlung eine Verfassungs-Revision verweigern würde. Die Verwirrung wird immer größer!

### Breslau, 25. September.

Dem Schreiben des Herrn v. Bederath scheint auch in den gegenwärtigen Kreisen diejenige Bedeutung beigelegt zu werden, welche wir demselben vindiciren zu dürfen glauben, die Bedeutung eines Partei-Programms.

Die Schließung der Zeitung, welche wir früher für ein ministerielles Blatt zu halten gewohnt waren, deren gegenwärtige Stellung zu dem Ministerium aber uns nicht recht klar werden will, hat sich mit der lakonischen Andeutung begnügt:

„Das Memoire ist eine parlamentarische Anklageschrift. Sie deutet sehr genau zu voraus dem Lande und dem Ministerium die Wege an, welche die Fraktion, an deren Spitze Herr v. Bederath steht, nachstens zu verfolgen gedenkt, und beide werden Zeit haben, sich darüber ein Urtheil zu bilden, jenes aber noch insbesondere auf Gegenmittel denken können, manchen dieser Vorwürfe zu paralisiren.“

Wenn wir uns aber der Besprechungen erinnern, mit denen jenes Blatt seiner Zeit die auch von Bederath so scharf getadelte Preßordnung begriffte, wenn wir uns die nicht seltenen Ausbrüche der Ungeheuer und Unzufriedenheit zurückrufen, zu denen dasselbe sich hin und wieder durch die überzogene und überbedrückte deutsche Politik unserer Regierung hinreißt, so ist es nicht nur, um deren Wirkung demnach durch einen erneuerten Ausdruck feurigen Vertrauens wieder zu paralisiren, so sollten wir meinen, die Schließung der Zeitung könnte mit dieser „Anklageschrift“ des Herrn v. Bederath nicht so durchweg unzufrieden sein, und müßte selbst sich veranlassen fühlen, die nächste Zeit dazu zu benutzen, um sich ein Urtheil zu bilden über die Vereinbarkeit ihrer Wege mit dem Weg von Brandenburg-Mantuffel.

Wir selbst haben hinlängliche Zeit und reichliche Gelegenheit gefunden, unser Urtheil festzustellen, und wenden uns daher, bis unsere Nachbarn ihren Beitrag zur allseitigen Klärung der Parteistellungen in der nächsten Kammeression geliefert haben wird, an die mit dem guten Beispiele der Aufschichtigkeit vorangegangene „Deutsche Reform.“

Wir können natürlich niemals wissen, ob und inwieweit die Deutsche Reform in ihrem eigenen Namen oder als Vertreterin der Regierung spricht. Der Folke, würdevolle Ton, mit welcher die Deutsche Reform dem Bederath'schen Schreiben gegenüber tritt, begünstigt indes die Vermuthung, daß sie noch eine andere Würde und eine höhere Autorität zu repräsentiren sich bewußt ist, als ihre eigene und die nahe Verwandtschaft dieser selbstgenügsamen und selbstbewußten Sprache mit dem Tone des jüngst bekannt gewordenen Ministerial-Schreibens auf die Petition wegen Einberufung der Kammeren läßt wenigstens eine innige Solidarität der ministeriellen Auffassung mit der der Deutschen Reform unschwer erkennen.

Wenn wir der Deutschen Reform glauben dürfen, so müßte die Regierung aufrecht sein, durch die Erklärung von Bederath's und die dadurch vorausgesetzte bedingte Parteistellung der durch ihn repräsentirten Fraktion von einer ihr lästigen und hinderlichen Bundesgenossenschaft befreit zu sein.

Wie geben der „Deutschen Reform“ darin Recht, daß die Unklarheit der Situation während der letzten Kammeression viel Peinliches gehabt hat. Wir selbst beklagen diese Unklarheit, diese Unsicherheit der Parteistellungen aufrecht, haben auch an unsern Theile nichts verabsäumt, um die wirklich und schon damals erkennbaren Differenzen aufzuheben. Wenn aber die Deutsche Reform alle Schuld hiervon auf die Partei schieben will, welche jetzt wieder ein überwiegendes Gewicht auf die Wahrung ihrer Grundfätze und ein bei Weitem geringeres auf die Erhaltung des gegenwärtigen Ministeriums zu legen beginnt, und diese allein das Verfüllen und Zurückdrängen vorhandener Differenzen zur Last legt, so liegt darin eine absichtliche oder unabsichtliche Verkennung der damaligen Situation und nur ein geringer Theil Wahrheit.

Wahr ist es allerdings, daß in der letzten Kammeression eine selbstgeschlossene Partei dem Ministerium nicht gegenüberstand, aber unrichtig ist es, daß die vorhandenen Differenzen von dieser Seite damals wären verhehlt worden. Sie sind in der That überall zu Tage getreten, wo sie vorhanden waren, und ein Rückblick auf die Abstimmungen bei der Verfassungsrevision würde die deutsche Reform hierüber unterrichten.

Die Unklarheit der Situation beruhte vielmehr wesentlich in den häufigen Konflikten zwischen Prinzipientreue und Nützlichkeitsrückblicken und daß derjenige Theil der Volkvertretung, welcher in seinen Principien von der ministeriellen Auffassung sich abhob, so häufig in solche Konflikte versetzt wurde, war nicht seine Schuld, sondern die des Ministeriums.

So ist die größte Unklarheit und die ärgste Parteiverwirrung bei der Abstimmung über die bekannte königliche Hofschaff zu Tage getreten.

Wenn aber die deutsche Reform in der Abstimmung vieler Kammermitglieder gegen ihre eigene Ueberzeugung eine Verhüllung der vorhandenen Differenzen und eine Täuschung des größeren Publikums finden will, so müßten wir in einer solchen Insinuation einen sehr übel angebrachten Hohn erblicken. Wenn durch die Abstimmungen einzelner liberaler Abgeordneter für einzelne Punkte der königlichen Hofschaff wirklich eine Täuschung über deren wahre Gesinnung hervorgerufen ist, so könnte diese nur auf Seite der deutschen Reform gesucht werden.

Das ganze Land weiß, daß damals den Kammeren von dem Ministerium selbst die wenig beneidenswerthe Alternative gestellt wurde, entweder den Anspruch auf Selbsterhaltung der eigenen Ueberzeugung aufzugeben oder die Vereitelung des ganzen Verfassungswerkes und die Restauration des Alten zu gewärtigen. Durch Konfessionen, die in einem solchen Zustande moralischen Zwanges gemacht wurden, hat sich außer der deutschen Reform keiner Niemand über das Vorhandensein derjenigen Differenzen täuschen lassen, welche bei der Beratung der Verfassung, so lange diese noch frei war, unverhüllt hervorgetreten sind.

Auch die deutsche Reform schien damals wegen der Täuschung des größeren Publikums und der Verhüllung der Parteistellungen sich weniger beunruhigt zu fühlen, als sie heute angiebt. Wenn wir uns recht erinnern, was gerade sie es, welche mit einschmeicheln der Beredsamkeit den Kammeren anempfahl, ihre persönliche Ueberzeugung auf dem Altare des Vaterlandes zu opfern.

Wir sind damals nicht einverstanden gewesen mit den gemachten Concessionen, aber wir haben keinen Augenblick gezwifelt, daß die andernstehenden Mitglieder der liberalen Kammerfraction nur aus Besorgnis vor dem Schlimmsten sich in das Schlimmste fügten. Nicht weniger ist die Unklarheit der Situation in Bezug auf die deutsche Politik wesentlich eine Folge der ministeriellen Unklarheit gewesen.

Angesichts des Verfassungsentwurfes vom 26. Mai und der denselben begleitenden Proclamation konnten die Kammeren nicht wohl anders glauben, als daß es dem Ministerium mit der Durchführung desselben Ernst sein werde. Was die Deutsche Reform in Bezug auf die gesamte Politik mit Unrecht behauptet, daß die Uebereinstimmung zwischen der sogenannten Gothaer Partei mit dem Ministerium der Grundcharakter der parlamentarischen Situation war, hat in Bezug auf die deutsche Politik seine Richtigkeit. Aber unrichtig ist es, wenn diese Uebereinstimmung statt auf die offiziell ausgesprochene Politik vom 26. Mai auf die persönlichen Ansichten der Minister bezogen wird. Damals war das Ministerium mit dem Standpunkte vom 26. Mai noch nicht in Widerspruch getreten.

Diesen Standpunkt aber, und keinen andern, haben die Kammeren acceptirt. Die „Deutsche Reform“ hat es zwar auch damals nicht an Andeutungen fehlen lassen, daß die deutsche Politik der „deutschen Partei“ nicht die der Regierung sei, aber so lange das Ministerium seine offiziellen Kundgebungen nicht zurücknahm, konnte auf die Andeutungen jenes Blattes um so weniger Gewicht gelegt werden, als sich schließlich daraus nicht entnehmen ließ, worin denn nun eigentlich diese spezifisch-ministerielle-deutsche Politik bestehen sollte.

War also die späterhin allerdings sehr bestimmt hervorgetretene Differenz schon damals vorhanden, so hat nicht die deutsche Partei, die mit der offiziellen deutschen Politik sich in Uebereinstimmung stellte, sondern das Ministerium, welches eine von dem Standpunkte des 26. Mai bedeutend abweichende Politik hatte, diese Differenz verhehlt.

Wer konnte auch damals voraussehen, daß dasselbe Ministerium, welches unter den heiligsten Versicherungen die Verfassung unterzeichnet hatte, später der Annahme dieser Verfassung sich widersetzen würde? Wer konnte erwarten, daß dieselbe Regierung, welche der deutschen Nation das Rechtsgedühl der preussischen Regierung als Bürgschaft für die Verwirklichung des Bundesstaats dargeboten, den Grundfätzen adoptirte, daß die Regierungen an die dargebotene Verfassung nicht gebunden seien, ja sogar seine Verantwortlichkeit einer Erklärung leihen werde, welche einfach darauf hinausläuft, die Regierungen von ihren vertragmäßigen Pflichten gegen einander und gegen das Volk förmlich zu entbinden?

Wenn es daher wahr ist, was die „Deutsche Reform“ behauptet, daß die Politik des Ministeriums ihren Grundfätzen nach von Anfang an dieselbe gewesen ist, so hat wenigstens eine ungewöhnliche Scheregebe dazu gehört, um in der ursprünglichen oftsehrigen Anlage der Maipolitik jene nunmehr offenbar gewordenen, allem Völker- und Staatsrechte fremden Grundfätze der Regierung in ihren Keimen zu erblicken. Diejenigen aber, welche der Politik des Ministeriums im Hinblick auf dessen offizielle Kundgebungen sich angeschlossen, kann nicht der Vorwurf einer Verhüllung, sondern nur der des Mangels jener Scheregebe oder der des Mißtrauens in die Politik der Minister treffen, wodurch bei einer andern Partei jene Scheregebe erst werden ist.

Die „Deutsche Reform“ darf nicht fälschen, daß in der bevorstehenden Kammeression die frühere Unklarheit fortbahren werde. Schon das Erfurter Parlament hätte sie belehren können, daß die Regierung von der deutschen Partei das Zurückhalten offenen Widerspruches nicht zu befürchten hat, sobald nur ihre eigenen Absichten bestimmt und unzweifelhaft hervortreten.

In Erinnerung jedoch an die lähmende und verwirrende Wirkung, welche die Besorgnis vieler Abgeordneten vor einem hinter dem gegenwärtigen Ministerium lauernden Kammerilla-Ministerium auf die Haltung und Stellung der Parteien gehabt hat, können auch wir nur wünschen, daß in der bevorstehenden Kammeression die Gegensätze reiner hervortreten und die einzelnen Abgeordneten

mit dem klaren Bewußtsein darüber, in die Kammeren eintreten mögen, ob der Grad von Widerstand, welchen das Ministerium dem Uebergreifen jener ultra-reactionären Richtung entgegensetzt hat, gewichtig genug war, um die Nachteile aufzuwiegen, welche eine fernere Verwässerung und Preisgebung jener Grundfätze, ohne deren Geltung weder ein wahrhaft konstitutionelles Preußen, noch ein einiges Deutschland jemals möglich sein wird, für die ganze zukünftige Entwicklung unfehlbar herbeiführen müßte.

### Preußen.

**Berlin, 24. Septbr.** Der Staats-Anzeiger enthält folgende allerhöchste Bestimmung:

Auf Ihren Bericht vom 27. August bestimmte Ich, daß den Vorkebern der Postämter erster Klasse der Amts-Charakter als „Post-Direktor“ mit dem Range der fünften Klasse der höheren Provinzial-Beamten, und den Vorkebern der Postämter zweiter Klasse die bisherige Benennung „Postmeister“ mit dem Range der dritten Klasse der Subalternen beibehalten werde. — Sankt Petersburg, den 4. September 1850. (gez.) Friedrich Wilhelm. (gezeichnet) v. d. Heydt. — An den Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

Auf Grund der allerhöchsten Kabinetts-Ordre vom 4. Septbr. d. J. sind zu Post-Direktoren ernannt worden: der geh. Kalkulations-Direktor Jahn zu Elbing, der geh. Revisor Lehmann zu Glogau, der geh. Revisor Hoppe zu Brandenburg, der geh. Revisor Cornelius zu Halberstadt, der Post-Inspektor Schilling zu Langenfelde, der Postmeister, Hauptmann a. D. v. Gostkowski zu Stolp, der Postmeister, Rittmeister a. D. v. Briesen zu Raumburg a. S., der Postmeister, Major a. D. v. Koseritz zu Dessau, der Postmeister Pätzsch zu Kottbus, der Postmeister v. Paris zu Pilsa, der Postmeister Mehlisch zu Brieg, der Postmeister Stocken zu Schweidnitz, der Postmeister Bänisch zu Zitz, der Postmeister Lämmerhirt zu Nordhausen, der Postmeister Wittenberg zu Dortmund, der Postmeister Budde zu Barmen, der Postmeister Zettwisch zu Demmin, der Post-Sekretär Krause zu Memel, der Ober-Post-Sekretär Schumann zu Bielefeld, der Post-Sekretär Kettler zu Hirschberg.

Angelommen: Sr. Excellenz der Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, Staats-Minister Flottwell, von Königsberg in P. Der Vize-Präsident, Graf v. d. Asseburg-Falkenstein, von Falkenstein.

[Vermischte Nachrichten.] Die Erklärung des Herrn v. Bederath giebt den Zeitungen aller Art einen Stoff für mannigfache Reflexionen. Die deutsche Reform zeichnet sich auch bei dieser Gelegenheit wieder durch eine herausfordernde Sprache aus, die, wie wir zu glauben guten Grund haben, nicht im Sinne jener Männer gewesen ist, die seit dem November 1848 in Herrn v. Bederath und seinen Freunden eine wesentliche Stütze ihrer Politik fanden. — Den herausfordernden Worten der deutschen Reform steht der Besuch des Herrn v. Mantuffel bei Herrn v. Bederath in Geseff gegenüber. — Die „Wehrzeitung“, die sich sehr angelegentlich mit dem General Haynau beschäftigt, tritt der „N. Preuss. Bzg.“ sehr entschieden entgegen, weil dieselbe sich aus Wien hat berichten lassen: die österreichische Armee werde, wenn man dem gemißhandelten General nicht zulangliche Satisfaction verschaffe, sich sehr energisch aussprechen und solche fordern. Das militärische Organ nennt diese Fanfaronade der politischen Zwillingschwestern eine Beschuldigung der ruhmgeliebten österreichischen Armee. Keine Armee, sagt sie, hat sich auszusprechen und etwas wäre es auch das Ehrenhafteste — zu fordern: „Gute man sich, den Gedanken zu wecken, daß die Armee auf einmal irgend etwas wollen, etwas energisch aussprechen, oder einstimmlich fordern könnte; denn wenn erst eine Armee einmal etwas wirklich will, wirklich auspricht und wirklich fordert, so mag nur alle übrige Staatsweisheit zusammenpacken und —“

Aus diesem Grunde erklärt die „Wehrzeitung“ die Meldung der „N. Pr. B.“ für eine Tendenzverfälschung. — Die Vorbereitungen für einen besonders feierlichen Empfang des Königs in Berlin werden eben so eifrig wie unbemerkt betrieben. Die Stadtbehörden haben sich in dieser Angelegenheit mit dem Central-Ausschuß der konservativen Partei in Verbindung gesetzt. (C. B.)

Die Post-Bzg. schreibt: Auf Eventualitäten in Dessau und Mecklenburg-Schwerin scheint man sich hier hiesigen Orts völlig vorbereitet zu halten. Jeder gewaltsamen Bewegung soll aber sofort mit der größten Energie begegnet werden. Man hört, daß in dieser Beziehung beiden Regierungen bestimmte Zusicherungen gemacht wären.

Sicherem Vernehmen nach werden, wie dem M. v. hier geschrieben wird, Ihre Majestäten der König und die Königin am 26. eine Reise nach Warschau antreten und dort mit Ihren Majestäten dem Kaiser und der Kaiserin von Rußland zusammentreffen. Das königliche Paar geht über Breslau und Krakau und wird von 2 Füßgelandjantanten Sr. Majestät und einem kleinen Gefolge begleitet sein. Der Generaladjutant Sr. Majestät, General v. Rauch, nimmt mit einer großen Suite den Weg über Posen. Nach der Rückkehr von Warschau werden Ihre Majestäten eine längere Reise durch Schlesien machen und in Erdmannsdorf verweilen.

Dem Vernehmen nach wird die Zahl der Mitglieder des Obertribunals in Folge der durch die neuen Gerichtseinrichtungen und die veränderten Prozeßinstitutionen dem höchsten Gerichtshof erwachene größere Arbeitslast binnen Kurzem vermehrt werden. Die Zahl der ordentlichen Mitglieder beträgt bis jetzt, mit Ausschluß der beiden Präsidenten und der beiden Vizepräsidenten, nicht mehr als 31, von welchen einige bereits in sehr hohem Alter stehen. Ein Mitglied, der Obertribunalsrath Freiherr von Gärtner, hat sogar, eben so wie der Vizepräsident Busse, bereits die fünfzigjährige Dienstzeit überschritten. Weder der eine noch der andere ist in der Zukunft. Die der Dienstzeit nach











